

Positionspapier: Internationale Fachkräfte im Gesundheitswesen am Standort Thüringen – Lösungsansätze zum dauerhaften Bleiben

Gelebte Willkommenskultur – auf landespolitischer und kommunaler Ebene

Die Hälfte der Thüringer Bevölkerung ist kritisch gegenüber Zuwanderer*innen eingestellt und seit 2015 lässt sich eine Zunahme intoleranter Einstellungen feststellen.¹ Dies kann zu einem immensen Image-Problem führen, wie es sich in Dresden beobachten ließ. Solche Stigmata können Menschen aus anderen Regionen oder Ländern abhalten, nach Thüringen zu kommen. Wir treten nicht nur dafür ein, dass sich die Landespolitik konsequent für ein weltoffenes Thüringen einsetzt, sondern fordern auch Kommunalpolitiker*innen auf, stärker für Vielfalt einzustehen. Wir verlangen von politischer Ebene in Thüringen ein klares Statement und eine offene Haltung gegenüber Einwanderung. Durch diese Vorbildfunktion kann ein „moralischer Kompass“ in der breiten Bevölkerung entstehen.

Wir fordern weiter, dass weitere finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, insbesondere im ländlichen Raum, um Begegnungsorte für Menschen unabhängig von Geschlecht, Religion, Herkunft, Alter und sozialer Herkunft zu schaffen. Netzwerke, bestehend aus Kindergärten, Schulen, Wohnungsbaugenossenschaften und anderen wichtigen Akteur*innen, tragen langfristig zur Integration in den Kommunen bei.

Arbeitgeber*innen

Arbeitgeber*innen bilden eine besondere Schlüsselposition für internationale Fachkräfte und Auszubildende. Aus unserer Erfahrung heraus ist persönlicher und direkter Kontakt mit den neuen Mitarbeiter*innen essentiell, um die Bleibeperspektiven zu erhöhen. Zusätzlich raten wir dazu, die Teams und Führungskräfte hinsichtlich Diversität und Antidiskriminierungsstrategien zu sensibilisieren, damit eine fachliche und soziale Integration im Arbeitsalltag gelingen kann.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Ausweitung der Teilnahme an Jobmessen und die mehrsprachige Erweiterung des Angebots in der Ansprache. Informationen zu Jobs und Ausbildungen, zu Voraussetzungen und Erwartungen sollten niedrigschwelliger bereitgestellt werden.

Berufsschulen

Nicht nur Arbeitgeber*innen, sondern auch Berufsschulen sollten sich ihrer Verantwortung bei der Ausbildung zukünftiger internationaler Fachkräfte bewusst sein. Wir fordern, dass Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, explizit gefördert werden, sodass gleiche Chancen für die Absolvierung der Ausbildungen bestehen. Bereitgestellte Förderinstrumente können z.B. sein:

Fachsprachkurse (insbesondere in den Gesundheitsberufen), Schulungen für Lehrer*innen in Einfacher Sprache, Bereitstellung von schriftlichen Materialien (Handouts) zur Vor- und Nachbereitung sowie eine Willkommenswoche/ ein Willkommenstag für internationale Auszubildende.

¹ Freistaat Thüringen (2019): Zweiter Thüringer Sozialstrukturatlas. Abgerufen am 02.12.2022 von <https://www.tmasgff.de/thueringer-sozialstrukturatlas>, S. 158.

Zur Förderung des Miteinanders eignen sich teambildende Maßnahmen sowie Schulungen zum Perspektivwechsel und zur Vielfaltssensibilität, die mit allen Lehrkräften und Schüler*innen absolviert werden sollten.

Sprache

Sprache ist im Arbeitsalltag essentiell. Es müssen ausreichend Sprachkurse angeboten und gefördert werden. Vor allem für Auszubildende in Gesundheitsberufen fordern wir eine Erlaubnis zur Nutzung eines Wörterbuchs in Prüfungen und jeglichen schriftlichen Testungen sowie einen zeitlichen Nachteilsausgleich. Des Weiteren fordern wir eine unterstützende und offene Haltung der Lehrkräfte, um die Sprachfähigkeiten und den fachlichen Sprachgebrauch gezielt zu fördern. Zudem sollte die Flexibilität beim Sprachnachweis für Auszubildende höher sein, zum Beispiel die Gewährung von Lernzeiten am Ausbildungs- und Arbeitsplatz nach der Einreise, um die Prüfung in Deutschland entsprechend ablegen zu können.

Thüringer Landesverwaltungsamt/Anerkennungsverfahren vereinfachen und beschleunigen

Die Anerkennungsverfahren von reglementierten Berufen dauern in Thüringen um ein Vielfaches länger als in anderen Bundesländern. Die Anerkennungsverfahren für Pflegefachkräfte und andere Gesundheitsfachberufe könnten vereinfacht werden. Mit großen Hürden und vor allem Kosten verbunden ist zum Beispiel das Anerkennungsverfahren für Ärzt*innen, die ihren Abschluss in Drittstaaten erworben haben. Anders als in anderen Bundesländern wird die vorläufige Berufsausübungserlaubnis erst viel später erteilt.

Um Chancengleichheit zu erreichen, braucht es in schriftlichen und mündlichen Prüfungen in Ausbildungen zudem einen Nachteilsausgleich (siehe Punkt „Sprache“).

Behörde - Serviceorientiert

Wir erwarten, dass die Behördenvorgänge barrierearm gestaltet werden. Bürokratische Prozesse sollten vereinfacht werden, und einheitliche Standards für alle Sachbearbeiter*innen gelten. Zudem verlangen wir einen serviceorientierten, fairen und empathischen Umgang mit Antragsteller*innen.

Teilnehmer*innen:

Michael Schiffgen – Dr. Becker Burg Klinik

Anja Krauße – Dr. Becker Burg Klinik

Thomas Hugk – Gemeinde Dermbach

Dana Hartenstein-Drobny – Europabüro für die Sozialwirtschaft Thüringen

Marita Peter – MasterandIn

Dr. Holger Süß – Dr. Becker Burg Klinik

Ralf Plötner – Landtagsfraktion Die Linke

Dr. Thomas Hartung – Landtagsfraktion SPD

Maria Brückner – Fachstelle Interkulturelle Öffnung

Yvonne Ruhnau – Fachstelle Interkulturelle Öffnung

Madeleine Wilka-Schiller – IQ Regionale Fachkräftenetzwerke – Einwanderung
Thüringen

Tabea Linnicke - IQ Regionale Fachkräftenetzwerke – Einwanderung Thüringen